

Sonderausgabe:

- „DER UKRAINE-KRIEG“
Zentrale Fragen und versuchte
Antworten von

Prof. Dr. Michael Gehler

(Stand: 08.03.2022)



Pandemie und Krieg und Erkenntnis

Liebe Mitglieder,

gerade haben wir zu Jahresbeginn Hoffnung geschöpft, dass die Pandemie ihren Schrecken verliert. Wir waren frohen Mutes, dass 2022 ein Jahr wird, in dem wir wieder aufatmen können. Wir haben Pläne geschmiedet und waren positiv gestimmt, dass Arbeit und Leben und Begegnungen wieder so uneingeschränkt möglich sind, wie wir es uns wünschen. Dann verdichteten sich die Meldungen, dass es zu einem Krieg in Europa kommen könnte. Ähnlich, wie zu Beginn der Corona-Krise, hat man vielleicht die eigene Betroffenheit nicht sofort wahrgenommen. Für viele war es und ist es immer noch ein Konflikt, zwischen Russland und der Ukraine. Spätestens aus der Pandemie sollten wir aber gelernt haben, dass Probleme in der Welt immer auch für uns eine Relevanz haben. Und Krieg in Europa betrifft uns unmittelbar.

Ich habe mich gefragt und mit mir sicher viele Andere auch, wie konnte es soweit kommen? Waren wir zu naiv? Haben wir eine einseitige (westliche) Sicht auf die Dinge, dass wir übersehen haben, welchen Weg die Entwicklung nimmt? Und was treibt Putin an?

Prof. Dr. Michael Gehler, Historiker wie Europaexperte der Universität Hildesheim und vielen von Ihnen bekannt aus seinen hervorragenden Vorlesungen zur Europäischen Geschichte, greift in diesem Newsletter zentrale Fragestellungen auf und wagt den Versuch, Antworten zu finden.

Diese Orientierungshilfe kann nur eine Momentaufnahme sein. Keiner weiß sicher, was der russische Präsident plant. Vielleicht noch nicht einmal er selbst.

Ihr



Heinz-Werner Ernst

Vorsitzender der Universitätsgesellschaft Hildesheim e. V.

Der „Ukraine Krieg“: Zentrale Fragen und versuchte Antworten

⇒ Der russische Präsident

Was will Putin?

Er verfolgt Minimal- und Maximalziele:

- (1) Vermeidung einer weiteren NATO-Osterweiterung um die Ukraine (denkmöglich - wäre konfliktlösend gewesen);
- (2) Verhinderung einer weiteren Verwestlichung bzw. Westintegration der Ukraine und damit gleichzeitig eines fortschreitenden demokratischen Transformationsprozesses von Osteuropa (fraglich, konfliktverschärfend);
- (3) Förderung nach völliger Rückgängigmachung der NATO-Osterweiterungen auf den Stand von 1997 (absolut maximalistisch, für den Westen unverhandelbar und völlig unrealistisch, die Folge wäre ein neuer europäischer Krieg);
- (4) Zurück zur historischen Größe Russlands (möglich, aber nicht minder konfliktiv);
- (5) Russland als europäische hegemoniale Kontinentalmacht im Sinne eines großrussischen Imperiums (möglich, ebenso konfliktträchtig)

Wie versucht Putin das?

- (1) Putin benutzt die russisch-ukrainische Geschichte einseitig und selektiv. Er greift aus ihr nur das auf, was ihm für seine ideologisch-politischen Zielsetzungen nützlich erscheint. Die einfache Behauptung „Ein Volk-ein Staat“ ist bezogen auf die Ukraine und Russland sowohl historisch als auch geschichtswissenschaftlich nicht haltbar. Szelenskji kann allerdings die Geschichte der Ukraine auch nicht einfach so darstellen, als habe diese ethnisch, historisch, kulturell, religiös und sprachlich mit Russland nichts (mehr) zu tun. Während er diese Faktoren herunterspielt oder negiert, blendet Putin hingegen Teile der sowjetischen Repressions-, Tötungs- und Verfolgungsgeschichte aus, z.B. den Holodomor (die massenhafte Aushungerung) der ukrainischen Bevölkerung in den 1930er Jahren mit Millionen von Toten, die Niederschlagung von Freiheitsaufständen in der Sowjetzeit wie in der DDR 1953 und Ungarn 1956 oder die Unterdrückung des Reformsozialismus in der ČSSR 1968 (an Polen allerdings wagte sich nach 1945 die Sowjetunion nicht mehr mit einer militärischen Intervention heran, was ein gutes Omen für die gegenwärtige Lage erscheinen mag).
- (2) Putin agierte schon vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine gegenüber dem Westen mit Desinformation, Destabilisierung, Drohung, Mordanschläge gegen ihm missliebige Einzelpersonen (z.B. Boris Nemzow, Sergej Skripal, Alexej Nawalny), Lüge und Täuschung.
- (3) Putin agiert auch in Europa mit Kriegführung (seit 2014 Ostukraine) und in der Ukraine (seit 24.2.2022) und diese erfolgt auch mit Angriffen auf die Zivilbevölkerung und zivile Einrichtungen und blutiger Niederschlagung von Aufständischen wie in Tschetschenien, Syrien und Kasachstan. Er hat damit den Krieg aus der Kaukasusregion und dem Mittleren Osten nach Europa gebracht.

Wie ist Putins Rolle zu beurteilen?

- (1) Putin hat gezielt einen Angriffskrieg vorbereitet und befohlen. Er ist verantwortlich für diesen neuen Krieg, den er auf die gesamte Ukraine ausgeweitet hat (den Krieg in der Ostukraine hat er zuvor schon befördert bzw. geduldet).
- (2) Putin hat mit der Ausweitung des Krieges auf die gesamte Ukraine eine humanitäre Katastrophe ausgelöst. Dreizehn Tage nach dem 24.2.2022 sind nach bisher vorliegenden Zahlen rund 1,5 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Migrationsexperten rechnen mit einer zweistelligen Zahl (10 Millionen, was ein Viertel der ukrainischen Bevölkerung wäre).
- (3) Angesichts der inzwischen aufgekommenen Idee der Bildung „humanitärer Korridore“, die ein Beitrag zur Linderung der humanitären Katastrophe sein sollen, ist unklar, wie diese gebildet

und welche Personen diese regeln und überwachen sollen, nachdem die hierfür infrage kommende OSZE in ihrer bisherigen Arbeit von russischer Seite behindert, zum Abzug gezwungen und damit ausgeschlossen worden ist. Die Feuerpausen in Mariupol wurden nicht eingehalten, so dass solche Korridore scheiterten. Transfers nach Osten lehnt die Ukraine ab.

- (4) Es fragt sich zudem, ob Putin damit nicht einer weiteren Entvölkerung der Ukraine Vorschub leisten will. Mit seiner Kriegführung provoziert er jedenfalls eine große Flüchtlingswelle, womöglich auch mit dem Ziel der Destabilisierung mittelost- und westeuropäischer Aufnahme-länder.
- (5) Putin agiert wie ein Kriegsverbrecher. Überlegungen zur Untersuchung der Vorbereitungen der Krim-Annexion von 2014 haben bereits begonnen. Ein förmliches Ermittlungsverfahren seitens des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) ist eingeleitet, nachdem mehrere Staaten bereits ein solches beantragt haben. Eine Anklage mit Blick auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine ist augenblicklich nicht möglich, weil hierzu die Zustimmung seitens der UNO notwendig ist. Das Völkerrechtsstrafrecht ist jedoch langfristig angelegt und daher situativ bedingt anpassungs- und entwicklungsfähig. Ein Haftbefehl und eine Überstellung Putins nach Den Haag an den ICC sind derzeit Theorie, scheinen jedoch in Zukunft nicht ausgeschlossen, sollte Putin nicht mehr im Amt sein. Seine staatliche Funktion bietet ihm jetzt noch ausgehend vom internationalen Strafrecht Immunität.

Wie lautet die Einschätzung Putins?

- (1) Putin denkt und handelt in seiner Logik als Krieger und Machtpolitiker und in diesem Rahmen kaltblütig, konsequent und rational.
- (2) Er ist Gefangener und Opfer seiner großrussischen Phantasie und imperialen Weltanschauung, die er sich in der Zeit der Pandemie, die er persönlich zurückgezogen in weitgehender Isolation verbracht haben soll, durch verschiedene Lektüre angeeignet sowie durch eigene Schriftzeugnisse wie Aufsätze und Reden für sich bestätigt und verinnerlicht hat.
- (3) Sein gesamtes Verhalten in den öffentlichen Auftritten in Form von TV-Ausstrahlungen erscheint wie der Rachefeldzug und eine Vergeltungsaktion gegen die Ukrainer mit ihrer Staatsführung und den sie unterstützenden Westen seitens eines schon erstarrt, gealtert und verbittert wirkenden Mannes.
- (4) Putin als verrückt zu bezeichnen, trifft die Sache nicht. Er scheint getrieben von seiner großrussischen Ideologie und einer hegemonialen Mission für Russland, die allerdings keine attraktive Idee als Angebot für die zu „befreienden Völker“ vermittelt. Mit Repression, Krieg, Terror und Zerstörung wird er keine neue integrationsfähige und zustimmungsbereite Ukraine aufbauen und entwickeln können.
- (5) Putins Angriffskrieg scheint ohne zutreffende Einschätzung der Verhältnisse in der bereits stark westlich orientierten Ukraine erfolgt zu sein sowie auch ohne realistische Lagebeurteilung und umfassende Folgenabschätzung seines militärischen Handelns. Er hatte mit Zustimmung der seiner Meinung nach unterdrückten ukrainischen Bevölkerung zu seinem Einmarsch gerechnet, was nicht der Fall ist. Er spricht von einer „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine, von „Nazis“ in Kiewer Regierungspositionen und „Völkermord“ in der Ostukraine. Tatsächlich trägt seine Politik zu einer Militarisierung der Ukraine bei. In Wirklichkeit führt Putin – entgegen anderslautenden Meldungen – einen Zerstörungskrieg gegen die Ukraine, u.a. gegen die Zivilbevölkerung (die russischen Streitkräfte bombardieren Einzelhäuser und Wohnblöcke), und einen Vernichtungskrieg, der mit der Kriegführung der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg im Osten vergleichbar ist. Mit dem Massenexodus von Ukrainern trägt Putins Krieg auch zur Reduzierung der russlandkritischen Bevölkerung des Landes bei. In dem Gemisch seiner Behauptungen und Vorwürfe finden sich gewisse Anhaltspunkte. Putin spielt mit den „Nazis“ auf die Allukrainische Vereinigung „Swoboda“ an, die eine existierende ukrainische rechtsextreme und radikal nationalistische Partei darstellt sowie auf eine ethnische ukrainische Identität abzielt. Sie war an den Maidan-Protesten 2013/14 beteiligt und trat für die

Ablösung des prorussischen Staatspräsidenten Viktor Janukovič ein. Diese Partei „Swoboda“ geht auf die Organisation Unabhängiger Nationalisten (OUN) und die Partisanenarmee UPA zurück. Swoboda verehrt den ukrainischen antirussischen Widerstandskämpfer gegen die Sowjetunion, Stepan Bandera, der mit den Nationalsozialisten kollaboriert hatte, und steht gegen den „russischen Imperialismus“, mit dem die Souveränität der Ukraine „in Vergangenheit und Gegenwart“ konfrontiert sei. Fehlgeleitet und unzutreffend ist die Behauptung Putins, wonach ein Genozid in der Ukraine stattgefunden hätte. Putin meint Übergriffe auf russische Bevölkerungsteile und setzt diese unzulässigerweise einem Völkermord gleich. Für Geschichtsforschende handelt es sich bei seinen propagandistischen Äußerungen um Überzeichnungen und Schwarz-Weiß-Malereien, die schon seit geraumer Zeit über das russische Fernsehen verbreitet werden. Inzwischen hat die ukrainische Regierung tatsächlich eine Klage beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag gegen Russland wegen des Vergehens im Zusammenhang mit der UN-Völkermordkonvention von 1948 eingebracht, gegen die Moskau umgehend Veto einlegte.

Welches Risiko geht Putin mit diesem Krieg gegen die Ukraine ein?

Putin riskiert mit seinem Vorgehen gegen die Ukraine auch die Infragestellung seiner Machtposition im eigenen Land. Sollte der bewaffnete Widerstand der Ukrainer weiter anhalten und sich die russischen Streitkräfte gegen die Abwehrhaltung der Städte in der Ukraine nicht behaupten, wird Putins innenpolitische Stellung auch angesichts wachsender Opposition in russischen Städten zunehmend schwieriger zu halten sein, so dass die Gefahr einer Desintegration und Destabilisierung der Russischen Föderation besteht. Die russisch-orthodoxe Kirche steht allerdings auf Putins Seite (während die Römisch-Katholische Kirche im Westen zwar die Glocken läuten lässt, aber weit mehr mit sich selbst beschäftigt ist). Sollte Putin den Krieg gegen die Ukrainer nicht gewinnen, droht sein politisches Aus. Mehrere vierstellige Proteste in russischen Städten wie in Sankt Petersburg konnten zuletzt noch aufgelöst und unterdrückt werden. Wenn die Zahl der Demonstrationen jedoch fünf- und sechstellige Zahlenausmaße einnimmt, wird das nicht mehr möglich sein. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte der Imperien hat eine militärische Niederlage das Ende seines Imperators, ja sogar die Auflösung eines Imperiums bewirkt.

Welche Rolle spielt der ukrainische Staatspräsident Wolodimir Selenskij?

- (1) Wolodimir Selenskij ist frei und demokratisch gewählter Repräsentant der Ukraine.
- (2) Unter den Ukrainern war er vor Putins Kriegführung gegen die Ukraine nicht unumstritten.
- (3) Selenskij hat es nicht vorgezogen, sein Land zu verlassen, was ihm von den USA angeboten wurde (was dem Widerstandsgeist der Ukrainer abträglich gewesen wäre). Er bleibt in der Ukraine und ermutigt seine Landsleute zur zivilen Gegenwehr und zum bewaffneten Widerstand.
- (4) Selenskij beherrscht als ehemaliger Entertainer alle seine Auftritte und möglichen Medien exzellent. Er richtet sich damit an alle denkbaren Öffentlichkeiten und inszeniert sich erfolgreich als mutiger Held und entschlossener Widerstandskämpfer mit hohem nationalen und internationalen Aufmerksamkeitsgrad. Putin versuchte ihn mit Unterstellungen zu beleidigen und damit moralisch zu diskreditieren, was misslang. Den Krieg der Bilder und die Macht der Bilder hat Selenskij gegen Putin schon gewonnen. Während der ukrainische Staatspräsident in medialen Auftritten und Pressekonferenzen frei redet und alle Befunde offen und schonungslos beim Namen nennt, verbieten die staatlich gelenkten russischen Medien auf Befehl Putins die Begriffe „Invasion“ und „Krieg“.
- (5) Angesichts der Eskalation der Kriegführung durch Putin kann von Selenskij kaum eine einlenkende und kompromisshaftige Haltung erwartet werden, die allerdings Voraussetzung für eine Beendigung des Krieges und eine Konfliktlösung wäre.

Der „Ukraine Krieg“: Zentrale Fragen und versuchte Antworten

⇒ War der Krieg vermeidbar?

War der Krieg vermeidbar?

Geschichtlich betrachtet gibt es immer alternative Optionen. Es half noch vor Beginn der russischen Großoffensive von drei Seiten gegen die Ukraine eine Wegbeschreibung in dieser Abfolge, um Putin mindestens in Verlegenheit zu bringen und Zeitgewinn zu erzielen:

1. der erklärte NATO-Optionsverzicht seitens der ukrainischen Staatsführung;
2. als Gegenleistung die Entmilitarisierung der Ukraine sowie die Entwaffnung und der Rückzug aller prorussisch bewaffneten Verbände aus der Ostukraine;
3. eine gemeinsame Territorialgarantie wie für die Schweiz im Zweiten Pariser Frieden von 1815 für die Ukraine durch die RF, EU und USA (womöglich auch die VRC);
4. Autonomie- und Kondominiumslösungen in der Ostukraine (als Inspirationsquelle dient das Südtirol-Modell, vorgeschlagen vom russischen Botschafter am Heiligen Stuhl im Dezember 2021, was nicht aufgegriffen wurde);
5. infolge von 2. und 3. eine Erklärung der permanenten Neutralität seitens der Ukraine nach dem österreichischen Modell von 1955, d.h. mit einem sodann auch ausreichend aufgestellten ukrainischen Heer zur Verteidigung der ukrainischen Neutralität.

Für eine solche schrittweise Vorgehensweise nach einem Operationskalender wie beim österr. Staatsvertrag von 1955 bestehen nach dem Angriffskrieg Putins kaum mehr aussichtsreiche, rasche und realistische Chancen, gleichwohl hierin Diplomatie Chancen hätte, Brücken zu bauen.

Wie ist der bisherige Kriegsverlauf zu beurteilen?

- (1) Beim bisherigen russischen Einmarsch gab es logistische Probleme (Gerätschaft, Treibstoff, Versorgung). Putin rechnete mit einem schnellen Sieg. Die Rechnung ging bisher nicht auf. Es ist daher mit einer Verstärkung von Putins Kriegsmaßnahmen und mit noch größeren Opferzahlen auf beiden Seiten zu rechnen.
- (2) Der bisherige Widerstand der Ukrainer an den Stadträndern ist erheblich und nicht zu unterschätzen. Er wurde sowohl im Westen als auch vonseiten Russlands unterschätzt. Ob dieser ukrainische Widerstand auch in den Städten anhalten wird, bleibt abzuwarten.
- (3) Putin lässt sich durch den ukrainischen Widerstand nicht davon abhalten, den Kampf um die Städte verstärkt fortzusetzen. Ob er auch soweit geht, die von ihm vielzitierte „Wiege“ Russlands (Kiew) zu zerstören, bleibt abzuwarten, ist aber angesichts der bisherigen Entwicklung und seiner Kriegführung in Tschetschenien und Syrien nicht auszuschließen.
- (4) Als Verteidiger ihres Landes sind die Ukrainer moralisch-psychologisch im Vorteil im Unterschied zu den nicht ausreichend informierten Angreifern, die unzureichend im Bilde waren, dass es sich um einen willentlich von Moskau angezettelten Bruderkrieg handelt.
- (5) Die Opferzahlen russischer Soldaten scheinen laut bisherigen ukrainischen Angaben im vierstelligen Bereich, laut jüngsten russischen Meldungen in dreistelliger Höhe. Die ukrainischen Opferzahlen sollen sich im vierstelligen Bereich bewegen. Diese Informationen sind allerdings im Zeichen von psychologischer Kriegführung mit Vorsicht zu bewerten und die Entwicklung noch voll im Gange.
- (6) Es scheint ein noch zähes Ringen um die Eroberung von ukrainischen Städten zu geben, wobei die Übermacht der russischen Streitkräfte erdrückend sein wird.

Der „Ukraine Krieg“: Zentrale Fragen und versuchte Antworten

⇒ Medien und Bevölkerung

Welche Rolle spielen die Medien?

- (1) Manipuliert wird die russische Bevölkerung durch gelenkte russische Staatsmedien. Bisher versuchten diese alles zu tun, um der Bevölkerung den Eindruck einer „militärischen Spezialoperation“ zu vermitteln. Das Bild lässt sich aber angesichts der bekannt gewordenen russischen Kriegsoffer nicht mehr zur Gänze aufrechterhalten.
- (2) Die westliche Medienberichterstattung ist eindeutig pro-ukrainisch, absolut Anti-Putin ausgerichtet und damit letztlich auch in gewisser Weise parteiisch bzw. nach Lage der Dinge tendenziell (nicht tendenziös, aber auch nicht gänzlich objektiv) ausgerichtet. Sie klammert sich an die nachweisbar verzweifelten Widerstandsaktivitäten der Ukrainer und eine scheinbar wachsende innerrussische Opposition, wobei der Wunsch Vater der Gedanken ist, dass Putin den Krieg nicht gewinnen wird (darf).

Wie verhält sich die ukrainische Bevölkerung?

- (1) Ein großer Teil der Bevölkerung flüchtet/e in bisher sechsstelliger Zahl in die mittelosteuropäischen Nachbarstaaten, die aufnahmebereit sind und sie willkommen heißen. Es zeichnet sich ein Massenexodus in siebenstelliger Zahl ab.
- (2) Ein Teil der ukrainischen Bevölkerung leistet bewaffneten und gewaltsamen Widerstand gegen die russische Invasion und ihre militärische Übermacht.
- (3) Es gibt keine einheitliche Lage. Sie ist unübersichtlich. Die Ukraine als gesamtes Land war vor der russischen Invasion gespalten, wirkt aber jetzt geeinter. Der Abwehrkampf gegen die russischen Invasoren erzeugt starke Einigungspotentiale und fördert den ukrainischen Nationsbildungsprozess.

Gibt es noch eine Lösung jenseits des Krieges?

Die ersten russisch-ukrainischen Gespräche (es waren wohl noch keine Verhandlungen) an der ukrainisch-weißrussischen Grenze vom 28.2. zwischen zwei Delegationen wurden stundenlang geführt. Sie sind nicht abgebrochen worden, sondern wurden in der Region von Brest fortgeführt, so dass sie nicht als gescheitert betrachtet werden können. Von einem dritten Treffen war sodann die Rede ohne Ergebnis. Gleichzeitig sind die kriegerischen Entwicklungen voll im Gange. Solange nicht die Waffen ruhen, haben diese Gespräche bzw. zukünftige Verhandlungen kaum eine Aussicht auf Erfolg. Die Handhabung der bisherigen Minsker Abkommen (2014, 2015) und ihre Umgehung sprechen nicht dafür.

Herrscht zum ersten Mal Krieg in Europa nach offizieller Beendigung des Kalten Kriegs?

Diese Aussage ist unzutreffend. Die vier Balkankriege (Kroatien 1991, Slowenien 1991, Bosnien 1992-1995, Kosovo 1999) werden bei dieser Behauptung ausgeblendet und die seit 2014 im Gang befindlichen Kriegszustände in der Ostukraine wurden lange verdrängt. Bisher sind rund 14.000 Menschen dort zu Tode gekommen. Die Minsker Abkommen (2014, 2015) sind, soweit bisher bekannt, von beiden Seiten verletzt worden. Im Donbas konzentrieren sich die Bewohner russischer Abstammung besonders in den größeren Ballungszentren. In den größeren Städten, v.a. in den Oblasten Donezk und Luhansk, dominiert das Russische als Muttersprache, wobei Russisch auch von vielen Ukrainern als Verkehrssprache verwendet wird. Was sich in dieser Region von 2014 bis 2022 alles ereignet und von beiden Seiten zugetragen hat, ist noch durch historische Forschung genauer zu klären. Die bisher ermittelten Informationen der OSZE werden hierbei hilfreich sein.

Was gehört zur Vorgeschichte, um ein umfassendes und objektives Bild zu gewinnen?

Die Vorgeschichte des Konflikts und seine Eskalation werden in der medialen Kriegsberichterstattung des Westens noch weitgehend ausgeblendet. Die Vorgeschichte wird aber in Folge auch in der medialen Darstellung stärker zum Vorschein kommen.

- (1) der erste Völkerrechtsbruch nach Ende des Kalten Krieges war der Kosovokrieg seitens der NATO 1999 mit bundesdeutscher Beteiligung (Bombardement Belgrads - im Westen ausgeblendet und verdrängt). Putin hat das nicht vergessen und verweist darauf.
- (2) Vor Putin gab es schon einen Kriegsverbrecher: US-Präsident George Walker Bush hat gemeinsam mit Tony Blair mit seinem Angriffskrieg gegen den Irak 2003 Völkerrecht gebrochen. Der Krieg war nachweisbar mit Lüge und Täuschung der Weltöffentlichkeit motiviert worden sowie mit Folterungen in Abu Guhraib und auf Guantanamo verbunden.
- (3) Im Westen gab es nach Enttarnung der Desinformation und Entlarvung der Manipulation des US-Präsidenten und des Auftritts von Colin Powell vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen keine solche Beurteilung und Qualifizierung. Kaum jemand hat es öffentlich gewagt, auf dieses Faktum des geplanten Angriffskrieges aufmerksam zu machen und es festzustellen. Wer daher zurecht ein Putin-Tribunal fordert, sollte vor einem Bush-Tribunal nicht schweigen.
- (4) Nord Stream 2 wurde aufgrund gestiegener Energienachfrage in Deutschland gebaut und nicht primär um ein geopolitisches Ziel zu verfolgen. Vor Beginn des Ukraine-Kriegs war die Pipeline jedoch bereits umstritten und entsprechend politisiert. Nun scheint das Projekt tot zu sein. Die deutsche Regierung musste sich dem innenpolitischen, europäischen und internationalen Druck beugen und das Vorhaben stoppen. Es wird wohl so bleiben.
- (5) Österreichs Völkerrechtsexperten waren 2015 in Kiew, um das Thema Neutralität im ukrainischen Außenministerium zu besprechen, doch US-Berater rieten den ukrainischen Diplomaten davon ab wie sie diese Option selbst auch für sich ablehnten.

Der „Ukraine Krieg“: Zentrale Fragen und versuchte Antworten

⇒ **Atomare Gefahr und Weltordnung**

Wie steht es mit der Gefahr einer atomaren Konfrontation oder einer Nuklearkatastrophe?

Die von Putin seinen Militärs befohlene Auslösung der Stufe der Alarmbereitschaft für atomare Waffenpotentiale ist sehr ernst zu nehmen, wenngleich eine unmittelbare Atomkriegsgefahr nicht bestehen dürfte. Diese Alarmbereitschaft dient in erster Linie als Mittel zur Abschreckung und Drohpotential an den Westen, sich nicht militärisch in die Ukraine einzumischen, und war übrigens auch schon in der Zeit der Krimannexion 2014 aktiviert worden. Ein Atomkrieg würde auch Russland schwerstens treffen. Beide, weder Biden noch Putin, streben wegen der Ukraine einen Atomkrieg an.

Eine andere Frage stellt sich seit dem 3. März aufgrund eines russischen Artillerieangriffs auf das Nebengebäude einer AKW-Anlage. Der dadurch ausgelöste Brand in Europas größtem Kernkraftwerk Saporischschja machte auf die Gefahr einer Nuklearkatastrophe aufmerksam. Durch einen Feuerwehreinsatz konnte der Brand gelöscht und in der Umgebung der Anlage keine erhöhte Radioaktivität gemessen werden. Die vorhandenen sechs Reaktoren scheinen nicht beschädigt. Selenskji sprach von „Nuklear-Terror“ und unterstellte der russischen Seite eine solche Absicht beim Beschuss, diese wiederum machte ukrainische Saboteure dafür verantwortlich. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien verlangte eine Inspektion aller ukrainischen AKWs, der Russland angeblich zugestimmt hat.

Ist durch den Ukraine-Krieg eine neue Weltordnung zu erwarten?

Eine neue Weltordnung hat sich schon lange vor dem 24. Februar 2022 entwickelt. Die weltpolitischen Gewichte haben sich seit zwei Jahrzehnten verschoben. Die Entwicklung setzte bereits mit dem 11. September 2001 („9/11“), dem Ende der unipolaren Mächtestruktur und der sinkenden Weltvormacht

USA als alleinige Supermacht ein, gefolgt von dem fehlkalkulierten angloamerikanischen Irak-Krieg (2003), dem Krieg in Syrien (seit 2011) mit den dort jetzt auftretenden Akteuren Russland, Iran und Türkei, dem Aufstieg Chinas und dem Niedergang der USA, versinnbildlicht am Beispiel der gescheiterten Afghanistan-Mission. Europäische Politiker und Politikerinnen sind seit dem 24. Februar 2022 in dieser neuen Welt aufgewacht.

Der „Ukraine Krieg“: Zentrale Fragen und versuchte Antworten

⇒ Folgen und Zwischenfazit

Was sind jetzt schon erkennbare Ergebnisse und denkbare Folgen?

- Empörung, Enttäuschung und Unmut sind im Westen groß gewesen, aber die Hilflosigkeit und Lähmung noch am 24. Februar und in den Folgetagen im Zeichen der Schockstarre ebenso. Eine geschlossene und entschlossene Haltung wurde nach Lösung der Schockstarre im Westen einigermaßen zeitnah, konsequent und zügig eingenommen. Es brauchte offensichtlich Putin, um zu mehr europäischer Geschlossenheit und Entschlossenheit zu gelangen sowie mehr oder weniger uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine zu praktizieren.
- Nach dem flucht- und panikartigen amerikanisch-westlichen Abzug aus Afghanistan 2021 (von dem medial in den letzten Monaten vor dem 24.2.2022 keine Rede mehr war) handelt es sich bei dem Ukrainekrieg um eine weitere schwere Niederlage des Westens (EU, NATO und USA) und einen großen lange nachwirkenden Rückschlag für den europäischen Einigungsprozess. Die beeindruckenden Solidaritätsbekundungen dienen zur Beruhigung des eigenen schlechten Gewissens und lenken jetzt von dem genannten Scheitern ab. Es handelt sich um eine Bankrotterklärung amerikanisch-europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik angesichts der blutenden ukrainischen Widerstandskämpfer.
- Eine Neutralitätserklärung seitens der Ukraine als Lösung – so sinnvoll und wünschenswert sie noch vor wenigen Wochen und Monaten erschien – ist nach Lage der Dinge schwerlich denkbar. Neutralität setzt Souveränität voraus. Putin will aber offensichtlich keine souveräne, sondern eine von ihm abhängige Ukraine. Auch bei einer „Finnlandisierung“ der Ukraine wäre Souveränität Voraussetzung (wobei dieser Begriff von westlicher Seite in einseitiger und unzutreffender Weise im Sinne alter Kalter Kriegsrhetorik und von finnischer Seite nie so verwendet wird) oder eine Neutralisierung, aber das scheint nach der neuen Faktenlage, die Putin geschaffen hat, kaum mehr als Weg. Vielleicht kehrt die Diplomatie aber noch zurück? Sind dazu jedoch die Konfliktparteien bereit und fähig? Kontaktaufnahmen mit Moskau und Vermittlungsversuche von Seiten des französischen Staatspräsidenten Macron, des israelischen Ministerpräsidenten Bennett (auf Bitten Szelenkijs) und des türkischen Staatsoberhauptes Erdoğan haben am 5. und 6.3.2022 noch keine Ergebnisse gezeitigt. Israel scheidet aus. Es kann kein glaubwürdiger Vermittler sein, ist es doch im Nahen Osten selbst Konfliktpartei und lehnt jegliche Vermittlung ab. In Frage kommt eigentlich primär ein neutraler Staat als Vermittler. Einerseits deutet alles darauf hin, dass Putin vollendete Tatsachen in der Ukraine schaffen will. Sein militärischer Vormarsch in das Zentrum des Landes scheint unaufhaltsam. Andererseits könnte es in der Türkei zu einer Begegnung zwischen dem russischen und dem ukrainischen Außenminister kommen. Bedingungen wären für die Entmilitarisierung und den Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine u.a. die Anerkennung der Krim und der russischen Republiken in der Ostukraine sowie die Verankerung einer Allianzfreiheit bzw. Neutralität in der ukrainischen Verfassung anstatt der Nato-Option.
- Die Volksrepublik China (VRC) wartete zunächst ab und überlegt sich, ob sie sich gänzlich hinter Russland stellen soll. Im UN-Sicherheitsrat enthielt sich die VRC der Stimme, was die

Verurteilung der russischen Invasion anging und damit auch in der Frage, ob es sich um einen Angriffskrieg handelt. Peking argumentierte, man müsse die russischen Sicherheitsinteressen ernstnehmen. Tatsächlich ist die VRC der einzige Machtfaktor, der am schnellsten und wirkungsvollsten auf Putin einwirken könnte. Beim jüngsten Volkskongress erwähnte der Ministerpräsident jedoch mit keinem Wort den Ukrainekrieg. Nach außen verhält sich die VRC neutral, gleichwohl es sich um eine positive (wohlwollende) Neutralität gegenüber der Russischen Föderation handelt.

- Der politische Vorteil der Partnerschaft mit Moskau scheint die außenwirtschaftliche Angewiesenheit auf den Westen als Absatzmarkt für chinesische Produkte zu überwiegen. Die russische Kritik an der NATO-Osterweiterung wird einerseits geteilt, andererseits ist stetes Wirtschaftswachstum für die chinesische Staatsführung wichtig, um der Bevölkerung stetigen Wohlstand zuzusichern. Die VRC fürchtet zudem durch den Ukrainekrieg eine weltwirtschaftliche Krise und Einbußen bei den Exporten, die für ihr Wachstum wichtig sind. Erwartungen hinsichtlich einer Spaltung unter den EU-Mitgliedern bzw. zwischen der EU und den USA sind nicht eingetroffen, sondern das Gegenteil ist eingetreten. Das Verhältnis erscheint enger und geschlossener denn je. Machtpolitisch und militärisch positioniert sich die VRC auf Seiten Russlands und gegen die USA, außenhandelspolitisch und wirtschaftlich besteht eine weit stärkere Abhängigkeit durch den Handelsverkehr mit dem Westen. Chinas Außenminister Wang Yi signalisierte zuletzt zwar Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft, um „die notwendige Vermittlung“ zu gewährleisten. Gleichzeitig wurde aber auch die Freundschaft zu Russland als „felsfest“ bezeichnet. Es seien „die wichtigsten bilateralen Beziehungen der Welt“ mit Hinweis auf ein im Februar verabschiedetes Partnerschaftsabkommen. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Rolle der VRC als glaubwürdiger Vermittler fraglich.
- Die Türkei hat mit der Meerengensperrung für alle, d.h. auch russische Kriegsschiffe gemäß dem Abkommen von Montreux von 1936 einerseits ein Achtungszeichen und Warnsignal in Richtung Moskau gesetzt, andererseits hat Erdoğan Vermittlungsdienste im Ukrainekonflikt angeboten. Indien laviert. Nordkorea zündet Raketen, die ins japanische Meer stürzen. Syrien, der Iran und Venezuela haben ihre Zustimmung zu Putins Vorgehen geäußert. Zwischenergebnis: das sind neben der VRC wenige, aber nicht unwichtige Verbündete, die Putin derzeit hat.
- Die deutsche und europäische Verteidigungspolitik offenbarte sich nach Kriegsbeginn als ein einziges Desaster. Es fehlt an allen Ecken und Enden: Ausrüstung, Fahrzeuge, Ersatzteile, Kleidung ... und das Bewusstsein der verantwortlichen Politiker, dass zu einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch funktionierendes Militär gehört.
- Die in einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 27.2.2022 verkündete „Zeitenwende“ ist lediglich eine Zeitenwende in der Wahrnehmung und Anerkennung der bereits längst vorhandenen Realitäten, die zuvor verschlafen worden sind. Aufgewacht in einer anderen Welt hat die deutsche Bundesregierung ein Sondervermögen (Neuverschuldung) angekündigt: 100 Milliarden € sollen für eine erneuerte und modernisierte Bundeswehr bereitstehen wie auch die Anhebung des Verteidigungshaushalts auf mehr als 2% des BIP für die NATO erfolgen wird.
- Die Mittel der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) reichen nur für einige wenige Krisenmanagementeinsätze in Afrika und am Kaukasus. So sehr die Entwicklung und Forcierung einer genuin europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität und -politik jetzt mehr denn je wünschenswert wäre, wird diese GSVP aufgrund des mangelnden Willens der EU-Mitgliedstaaten und aufgrund der aktuellen Notlage wohl eher weiter in der NATO aufgehen. Zudem erscheinen Duplizierungen nicht sinnvoll – sowohl militärisch als auch aus Sicht des deutschen und europäischen Steuerzahlers.

- Der Westen tritt vier Tage nach Kriegsbeginn seit dem 27./28.2. entschlossen und geschlossener auf, doch wie lange diese Haltung anhält und ob es wirklich so bleibt, wird sich zeigen (Beispiel Ungarn verweigerte die Durchfuhr von Waffen in die Ukraine).
- Die Sanktionen sind im Bereich des internationalen Zahlungsverkehrs erheblich verschärft worden (Master- und Visa-Card haben ihre Dienste in Russland eingestellt; SWIFT, aber nicht komplett, sondern nur partiell; drastische, schwer ins Kontor schlagende Maßnahmen gegen die russische Zentralbank und weitergehende Sanktionen, wobei das Energiedossier noch ausgenommen wurde, welches die deutsche bzw. westliche Achillesferse darstellt).
- Die Sanktionen gehen zu Lasten der russischen, aber auch der europäischen Bevölkerungen (sollten die USA sogar auf Erdöllieferungen aus Russland verzichten, wäre das zwar ein schwerer Schlag für Russland, aber auch ein Problem für die amerikanische Energieversorgung). In der Regel bewirken sie nationale Schulterschlüsse. Sanktionen sind insofern auch ein zweiseitiges Schwert, als sie die Russische Föderation in die Arme der Volksrepublik China treiben können. Inzwischen droht die russische Seite mit einem Gaslieferstopp durch die Erdgaspipeline Nord Stream 1. Fieberhaft wird durch die EU-Kommission, insbesondere Deutschland, an einer stärkeren Unabhängigkeit von russischen Erdöl- und Gaslieferungen gearbeitet, was sich allerdings kurzfristig nicht verwirklichen lässt.
- Boykotte und Sanktionen auf der Ebene des Alltags und der zwischenmenschlichen Beziehungen sind ob ihrer Sinnhaftigkeit zu hinterfragen. Sie erscheinen mehr als zweifelhaft. Städtepartnerschaften (wie Baden-Baden-Sotschi oder Hamburg-St. Petersburg) zur Disposition zu stellen, russische Produkte aus Supermärkten zu verbannen oder russische Gäste als „unerwünschte Personen“ zu erklären etc., sind unüberlegte und undurchdachte Überreaktionen. Sie erscheinen eher als Ausdruck einer antirussischen Hysterie (aufbauend auf traditionellen Russophobien) und eines verdrängten schlechten Gewissens angesichts der eigenen Hilflosigkeit anstatt wirksame Beiträge zur Deeskalation und Entspannung zu leisten. Das Wort von den „Putin-Verstehern“ ist ein Missverständnis und Unfug zugleich. Verstehen heißt nicht Verzeihen. Mit richtigem Putin-Verständnis wäre frühere Erkenntnis und bessere Wappnung gegen ihn möglich gewesen.
- Zudem zeichnet sich bereits ein anderes Szenario ab: Bis auf die autoritär-diktatorischen Staaten der Welt ist Putins Russland zwar weitgehend isoliert (141 von 193 UN-Mitgliedsstaaten haben Putin zum Frieden aufgefordert), doch droht mit der VR China, Indien und Russland die Entstehung eines neuen geoökonomisch, geopolitisch und geostrategisch ausgerichteten Mächtedreiecks, dem gegenüber das Duo USA-EU im Nachteil sein dürfte.
- Mittelfristig wird der Westen Russland finanziell und ökonomisch in die Knie zwingen können. Der Rubel ist seit dem 28.2. bereits im tiefen Fall. Die russische Zentralbank versucht ihn zwischenzeitlich zu stabilisieren. Es bleibt das Problem, dass der Rubel keine internationale Währung mit Bonitätscharakter ist. Putin wird daher sein gesamtes weitgehend überlegenes Militärpotential voll zum Einsatz bringen. Ob es den erwünschten Erfolg bringt, wird abzuwarten sein.
- Es ist ein Ringen zwischen westlicher Banken-, Finanz-, Wirtschafts- und Währungsmacht einerseits mit russischer Atom-, Energie-, Kriegs- und Militärmacht andererseits. Es würde den Kern der russischen Wirtschaft völlig treffen, wenn seitens des Westens (EU-Staaten und USA) ein Importverbot von Erdöl und Gas aus Russland verhängt werden würde. Von russischen Gaseinfuhren ist Deutschland über 50% und Österreich zu 80% abhängig. Erneuerbare Energien als „Freiheitsenergien“ (so Finanzminister Lindner) sind jedoch kein kurzfristiger Lösungsansatz, was alle beteiligten Seiten wissen. Bürgerinnen und Bürger Deutschlands und

Europas können an einem Erfordernis nicht mehr vorbei: Energieeinsparen und erhöhte Energiekosten sind in Kauf zu nehmen als kollektiver Beitrag für die Beendigung des Kriegs in der Ukraine.

- Deutschland liefert inzwischen auch Waffen in das Kriegsgebiet und bricht damit ein Tabu deutscher Nachkriegspolitik. Der Zick-Zack-Kurs der deutschen Bundesregierung ist der Öffentlichkeit schwerlich zu vermitteln. Binnen zehn Tagen schwenkte die Ampel von der langanhaltenden Weigerung zur inzwischen erfolgten Waffenlieferung in die Ukraine, um zuletzt durch Bundeskanzler Scholz zu einer Waffenruhe in der Ukraine aufzurufen. Sollte sich dahinter eine Logik verbergen? Deutschland exportierte schon unter Merkel Waffen in Milliardenhöhe in Drittstaaten, die Bundeswehr ist aber laut jüngstem Urteil ehemaliger Generalität im Falle eines Angriffs nicht in der Lage, das Land zu verteidigen. Es bestehen erhebliche Zweifel über die Richtigkeit der deutschen Waffenlieferungen in die Ukraine. Droht damit nicht eine weitere Eskalation der Entwicklung? Es ist offen, wie diese Waffen an die Widerstandskämpfer gelangen sollen und ob sie nicht von russischen Verbänden abgefangen und verwendet werden.
- Der ukrainischen Regierung reichen jetzt schon die bisher erfolgten deutschen Waffenlieferungen wie Artilleriegeräte und Haubitzen zur Panzerabwehr und Bodenluft-Kampfführung, u.a. aus alten NVA-Beständen, nicht aus. Sie fordert Panzer, Kampfhubschrauber und U-Boote, wobei sich fragt, ob damit noch mehr an der Gewaltspirale gedreht wird. Einem neutralen Staat wäre eine solche Politik der Unterstützung von Kriegführung von außen absolut untersagt, aber Deutschland ist nicht Österreich! Wird Deutschland damit mehr und mehr zur kriegführenden Partei?
- Die NATO lehnt bisher die von Kiew gewünschte Flugverbotszone über die Ukraine ab, was Szelenskij kritisiert. Seine Forderung würde bedeuten, dass im Ernstfall NATO-Flugzeuge russische Kampffjets über ukrainischem Territorium abschießen müssten, was einen europäischen Krieg auslösen könnte. Alle Ukrainer die sterben würden, stürben aufgrund der Zurückhaltung der NATO, argumentiert dagegen Szelenskij. Mit derartigen Positionen einer entfesselten und radikalisierten Sprache besteht die Gefahr einer verstärkten Entfremdung zwischen Kiew und dem Westen.
- Es sind ohnedies und unabhängig davon weit darüber hinaus massive Aufrüstungen in westlichen Ländern zu erwarten und in Planung, die auf Kosten anderer gesellschaftlicher Bereiche gehen werden (Bildungs-, Forschungs- und Sozialpolitik).
- Die allianzfreien Staaten Finnland und Schweden sind über ihren Status verunsichert und die baltischen Staaten fürchten um ihre Unabhängigkeit. In Rücksichtnahme auf die baltischen Staaten halten sich Finnland und Schweden damit zurück, ihren allianzfreien Status voreilig aufzugeben. Sie verstärken aber ihre abwehrbereiten Militärpotentiale und werden zu den NATO-Sitzungen beigezogen.
- Österreich ist gut beraten, seine Neutralitätspolitik nicht aufzugeben, die gesetzlich-rechtlich nach wie vor durch ein Bundesverfassungsgesetz von 1955 abgedeckt ist, das nur durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Nationalrat aufgehoben werden kann. Daran hält die Regierung Nehammer/Kogler weiter fest. „Konstruktive Enthaltung“ erscheint ideologisch-moralisch anfechtbar und verwerflich, aber jenseits kriegerischer Beteiligung und Involvierung, wird es neben militärischen auch humanitäre und zivile Maßnahmen benötigen. Es wäre zudem auch angesichts einer im Fluss befindlichen Entwicklung nicht sinnvoll, alle Brücken in Richtung Moskau abzubrechen. Neben Genf kann Wien nach wie vor als Begegnungs- und Verhandlungsort dienen.

- Angesichts einer langen und nachhaltig zu erwartenden Eiszeit zwischen der EU und der Russischen Föderation ist es ratsam, vorsorglich eine ausgleichende und vermittelnde (neutrale) Haltung einzunehmen. Alles andere wäre jetzt billiger wohlfeiler Neutralitätsabschaffungsopportunistus.
- Im Hinblick auf die Umzingelung und die sich verstärkende Belagerung von Kiew durch russische Streitkräfte droht angesichts verknappter Versorgung eine Aushungerung der Stadt bzw. bei einem Einmarsch russischer Verbände eine Verschärfung des Krieges durch Häuser- und Straßenkämpfe mit hohen zivilen Opfern. Das Beispiel der blutigen Niederschlagung der Aufstände in Ungarn, v.a. in Budapest im Oktober/November 1956 steht als Mahnmal vor Augen. Nach einigen Tagen mussten sich damals die Aufständischen gegen die sowjetische Panzer-Übermacht ergeben.
- Die Haltung der russischen Bevölkerung und der Oligarchen ist nicht unveränderbar. Die Proteste nehmen zu. Verhaftungen sollen bereits in mehrstelliger Zahl gegeben sein. Die staatliche Unterdrückung von Informationen aus dem Kriegsgebiet weist Grenzen auf. Oligarchen scheinen auf Abstand zu Putin zu gehen, Kritik zu üben bzw. teilweise zur Vermittlung bereit. Ob dieser Faktor bröckelnden innenpolitischen Rückhalts kriegsentscheidend sein kann, erscheint derzeit jedoch noch fraglich. Entscheidend werden nicht die Oligarchen, sondern die russische (für andere Informationen aufgeschlossene) Bevölkerung sein, die zunehmend skeptischer wird. Putin führt inzwischen einen doppelten Krieg, einen äußeren in der Ukraine und einen inneren gegen die wachsenden Opposition gegen den Ukraine-Krieg. Es stellt sich die Frage, ob Kriegsrecht ausgerufen wird. Es besteht gleichzeitig die Gefahr, dass sich Russland in die Richtung einer Militärdiktatur bewegt.
- Eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine im Schnellverfahren durchzuführen, wie von Kiew jüngst beantragt und auch von Kommissionspräsidentin von der Leyen grundsätzlich befürwortet, stellt einen Verzweiflungsakt bzw. ein Wunschdenken dar und ist nach Lage der Dinge nicht möglich.
 - a. Ein solches Schnellverfahren gibt es vertragsrechtlich nicht.
 - b. Dazu fehlt der politische Wille aller EU-Mitglieder (Mittleuropäer sind eher dafür, Frankreich hegt erhebliche Vorbehalte).
 - c. Die EU hat bereits geteilte Länder aufgenommen (Irland und Zypern) und damit nicht nur gute Erfahrungen gemacht (Brexit, Türkei).
 - d. Die EU hat noch nie ein Land im Kriegszustand aufgenommen.
 - e. Nicht zuletzt erfüllt die Ukraine – abgesehen vom Kriegszustand – nicht die Bedingungen der Kopenhagener Kriterien (Korruptionsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit etc.). Die Ukraine besitzt einen der höchsten Korruptionsanteile von Staaten in Europa.
 - f. Der Ukraine jetzt von Seiten der Kommission die EU-Mitgliedschaft zuzusichern, erscheint nicht nur unrealistisch, sondern auch voreilig und undurchdacht. Brüssel kann nicht (wieder) etwas versprechen, was es nicht halten kann. Nicht einhaltbare Folgeleistungen sind zu beachten: Georgien und Moldau haben sich auch mit EU-Beitrittsanträgen an Brüssel gerichtet, die sich ebenfalls nicht auf die Schnelle realisieren lassen.

Energiewirtschaftlich zeichnet sich folgende Entwicklung ab: Die nationalen Ölreserven werden in Deutschland bereits bereitgestellt und sind beanspruchbar. Die OPEC-Staaten drehen ihre Hähne (noch) nicht auf. Es steht ein neuer Ölpreisschock bevor.

Ein Preissturz nach einem möglichen Kriegsende wird nicht erwartet. Die Beziehungen zur russischen Erdölindustrie werden noch aufrechterhalten. Die Gaslieferungen aus Russland gehen weiter und diese Abhängigkeit besteht als gravierendes Problem fort. Die Priorität auf erneuerbare Energie in Deutschland ist gegeben, aber der Umbau wird dauern. Eine Rückkehr zur Atomenergie und zur Kohle scheint nicht mehr ausgeschlossen.

Zwischenfazit: Bisher scheint es so, dass auf allen Seiten Fehler gemacht worden sind und es nur Verlierer geben wird.

Der „Ukraine Krieg“: Zentrale Fragen und versuchte Antworten

⇒ **Gesamteinordnung des Konflikts**

Wie stellt sich ein bisheriger Gesamteindruck aus imperienhistorischer und großmachtpolitischer Perspektive dar?

- (1) Es geht nicht primär um die Ukraine oder ihre NATO-Mitgliedschaft. Es ist ein Ringen und Wettstreit zwischen zwei Imperien: dem amphibischen Imperium der USA und dem überwiegend ausgerichteten Landimperium zweiter Ordnung, der RF. Die Ukraine ist vor diesem Hintergrund aus Sicht Washingtons und Moskaus nicht Akteur und Subjekt, sondern Objekt und Spielball.
- (2) Weder wollen die Führung der Russischen Föderation noch die der USA eine eigenständige, geeinte, starke und unabhängige EU als politische Union, die auch militärisch selbständig handlungsfähig wäre. Es gilt, die wechselseitigen Abhängigkeiten, Droh- und Druckpotenziale aufrechtzuerhalten.
- (3) China als die neue Supermacht des 21. Jahrhunderts und eigentliches Superimperium verhält sich im Hintergrund abwartend mit Blick auf den Regionalkrieg in Europa und lauernd auf Hongkong und Taiwan.
- (4) Die USA sehen den Ukrainekrieg als eine Chance, einen definitiven Keil zwischen die EU und die RF zu treiben, um das Verhältnis weiter auf Dauer zu schädigen. Militärisch werden die USA nicht eingreifen und führen damit praktisch einen Stellvertreterkrieg zu Lasten der Ukrainer. Durch Putins Krieg wird das Verhältnis EU-RF jetzt schon dauerhaft belastet und beschädigt sein. Er hat den USA mit seinem Ukraine-Krieg einen (russischen) „Bärendienst“ erwiesen.
- (5) Opfer und Leidtragende sind in erster Linie die Ukrainer, die für die Freiheit ihres Landes kämpfen, damit auch für die Unabhängigkeit des Baltikums und letztlich auch für die Europäer.

Die Geschichte ist auf dem Tisch. Wer sie ignoriert, kann das Geschehen nicht objektiv und umfassend beurteilen. Für Historiker ist die aktuelle Lage eine große Herausforderung, d.h. so ausgewogen und objektiv wie möglich (also nicht einseitig und parteiisch) zu sein. Nur dann haben sie auch Gehör verdient.

Der „Ukraine Krieg“: Zentrale Fragen und versuchte Antworten

⇒ Bohrende, kontroverse und schmerzliche Fragen

Vor diesem weltmachtpolitischen Hintergrund und spätestens nach dem Beschuss auf Anlagen des Atomkraftwerks Saporischschja am 4. März 2022 stellt sich eine Reihe bohrender, kontroverser und schmerzlicher Fragen, ob es nicht notwendiger denn je wäre, spätestens ab diesem Zeitpunkt eine Waffenruhe auszurufen statt weiter Waffen aus dem Ausland heranzuschaffen? Können Deutschland, der Westen und die USA nicht auf andere Weise auf die kriegsrische Entwicklung in der Ukraine einwirken, als sie mit Waffen zu beliefern? Wird man das Russland Putins mit gewaltsamem Widerstand und Waffenlieferungen zum Einlenken und Nachgeben bewegen? Ist die gigantische militärische Weltmacht der Russen mit dem hinhaltenden, verzweifelten ukrainischem Abwehrkampf zu „besiegen“?

Die Ukraine als Staat und seine Menschen haben ein Recht auf Selbstverteidigung, das ihnen nicht genommen werden kann. Die Ukrainer haben mit ihrem bisherigen Widerstand bereits die europäischen Herzen erobert, sich weltweiten Respekt erworben und in die Geschichtsbücher geschrieben. Verliert aber die Ukraine mit einem immer sinnloser werdenden Abwehrkampf nicht ihre besten Leute, die weiterleben und ihrem Land erhalten bleiben sollten? Ist der gewaltsame Widerstand vernünftig? Heißt europäisch denken und handeln nicht auch sich von Vernunft leiten zu lassen? Können die Ukrainer mit der Niederlegung ihrer Waffen nicht viel mehr verantwortliches Handeln demonstrieren? Hilft ihnen ein weitgehend zerbombtes Land mit Alten und Witwen, v.a. wenn man die Bilder von Budapest 1956, Groszny 1999 oder Aleppo 2019 vor Augen hat? Ist die Vorstellung „Lieber sterben wir alle!“ und „Untergang bis zum Tod!“ wirklich europäisch oder nicht auch Ausdruck kompromisslosen totalitären Denkens? Ist die immer größer werdende militärische Konfrontation und die Inkaufnahme der Gefahr des Hineinziehens der Nachbarn in diesen Krieg verantwortbar? Tragen die Ukrainer nicht auch Verantwortung dafür, dass es keine Ausweitung zu einem europäischen oder gar Weltkrieg gibt?

Würden die Ukrainer mit passivem Widerstand und der Botschaft „Geht nach Hause!“ und „Tötet nicht Euere Brüder!“ die Moral der russischen Panzerfahrer nicht weit mehr schwächen als sie mit Molotow-Cocktails zu bewerfen und die Kämpfe noch weiter anzuhetzen? Zivilgesellschaftlicher Protest formiert sich bereits neben der bewaffneten Gegenwehr. Gewaltloser Widerstand durch Demonstrationen und Proteste von Frauen und Männern ist vorhanden. Warum spielt dieser Gedanke des gewaltlosen und zivilen Widerstands in der bisherigen Strategie gegen Russland im öffentlichen Diskurs und der psychologischen Kriegsführung des Westens und der Ukrainer bisher keine prominentere Rolle? Wäre mit einer zivilresistenten Bevölkerung nach Beendigung der Kampfhandlungen die Akzeptanz einer womöglich von den Russen eingesetzten Marionettenregierung nicht viel geringer als bei den geschlagenen und jetzt schon gestorbenen Ukrainern?



Prof. Dr. phil. habil. Michael Gehler ist Professor für Neuere und Neueste Deutsche und Europäische Geschichte an der Universität Hildesheim und Leiter des dortigen Instituts für Geschichte. Er ist auch Inhaber eines Jean Monnet Chairs, seit 2020 Mitglied im Council of the Jean Monnet Foundation for Europe in Lausanne und seit 2021 auch Professor an der Andrassy Universität in Budapest.

In seiner Forschung hat sich Gehler viele Jahren u.a. auf die Geschichte der europäischen Integration konzentriert, die er aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet hat. So war er beispielsweise Mitglied des Peer-Review-Ausschusses für die Sammlung „European integration studies“ des CVCE, Château de Sanem, Luxemburg und ist Herausgeber der Reihe „Arbeitskreis Europäische Integration“ und der „Historischen Europastudien“ im Georg W. Olms Verlag in Hildesheim.

Wer aber kann und will die Führung der Ukraine auf diesen Kurs hinbewegen? Hat der Westen, insbesondere die USA, ein Interesse daran? Sollten Szelenkij und Klitschko nicht eine Kehrtwende um 180 Grad vornehmen und die Russen auf andere Weise schlagen als mit der bisherigen bewaffneten Verteidigung, die bis hin zum eigenen Untergang und Tod gehen soll? Beide nehmen eine Schlüsselrolle ein: sie könnten einen Beitrag zur Beendigung des Krieges in Europa leisten, ehrenhaft, aber auch nicht gänzlich vernichtend geschlagen.

Hat mithin die Ukraine nicht auch eine einmalige welthistorische Chance, sich überwiegend zivil zu verteidigen und damit den Frieden Europas und der Welt zu retten – notfalls auch ohne Vorbedingungen, zumal die Geschichte ohnehin jetzt schon über Putin gerichtet hat? Oder ist bisher schon so viel an der Gewaltspirale gedreht worden, dass es kein Zurück mehr gibt? Sind solche Gedanken nur noch Illusionen angesichts des Vormarsches einer überwältigenden russischen Kriegsmaschine mit ihrer militärischen Übermacht?

Stand: 08.03.2022 / 8:00 Uhr

Was gehört zur Geschichte Russlands?

Im Rahmen der Europagespräche des Instituts für Geschichte gab es noch am 7. Februar 2022 einen Vortrag im Rahmen der Europagespräche von Professor Dr. Ludwig Steindorff (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel). Er wurde aufgezeichnet und steht online zur Verfügung unter:

<https://www.youtube.com/watch?v=ISrg2IHdTLk>

Literaturhinweise:

- Michael Gehler, Der Nachbar Ukraine: Als Grenz-, Krisen- und Kriegsland Zankapfel zwischen West und Ost, in: Derselbe, Europa. Ideen – Institutionen – Vereinigung – Zusammenhalt, 3. Auflage, Reinbek/Hamburg 2018, S. 714-741.
- Michael Gehler, Revolutionäre Ereignisse und geoökonomisch-strategische Ergebnisse: Die EU- und NATO-„Osterweiterungen“ 1989-2015 im Vergleich (Zentrum für Europäische Integrationsforschung Discussion Paper C 239), Bonn 2017.